

Kolumne „Aufgerollt“

Die Revolution ist alternativlos

Von Bernd Hontschik

Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat die „Revolution“ im Krankenhauswesen angekündigt. Die grundsätzlichen Probleme packt er aber gar nicht erst an.



Dr. Bernd Hontschik (1952) war bis 1991 Oberarzt an der Chirurgischen Klinik in Frankfurt-Höchst, bis 2015 in eigener chirurgischer Praxis tätig. Er ist Autor und Herausgeber der Reihe „medizinHuman“ im Suhrkamp Verlag. Er ist Mitglied der Uexküll-Akademie (AIM), der IPPNW und bei mezis. In der Ärzte Zeitung schreibt er regelmäßig die Kolumne „aufgerollt“.

© Ute Schendel, Basel

Am 22. Februar 2022 übergaben Aktivist:innen vom Bündnis Klinikrettung in Berlin 15.760 Unterschriften unter der [Petition \(https://www.aerztezeitung.de/Wirtschaft/Petition-gegen-Klinikschiessungen-ans-Gesundheitsministerium-uebergeben-427042.html\)](https://www.aerztezeitung.de/Wirtschaft/Petition-gegen-Klinikschiessungen-ans-Gesundheitsministerium-uebergeben-427042.html) „Bundesweite Krankenhausschließungen jetzt stoppen!“ an den Staatssekretär im Gesundheitsministerium Professor Edgar Franke. Minister Lauterbach war verhindert, was ihm in diesem Fall sicherlich nicht ganz unrecht war, denn ohne ihn wären es nur 15.759 Unterschriften gewesen: Er hatte diese Petition tatsächlich

am 30. Mai 2021 eigenhändig unterschrieben.

Die Petition beinhaltete drei Hauptforderungen. Erstens: Kein Krankenhaus darf mehr schließen, insolvente und von Insolvenz bedrohte Kliniken müssen vom Staat aufgefangen werden. Zweitens: Das Krankenhauspersonal muss erheblich aufgestockt, Bezahlung und Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Drittens: Die leistungsbezogene Abrechnung mittels Fallpauschalen muss durch ein selbstkostendeckendes Abrechnungssystem ersetzt werden. Es gingen gerade einmal sieben Monate nach seiner Unterschrift ins Land, da war Karl Lauterbach der neue Bundesgesundheitsminister. Endlich konnte er die Forderungen der Petition in die Tat umsetzen. Und es dauerte nicht lange, da kam sie: Die „Revolution im deutschen Krankenhauswesen“! (<https://www.aerztezeitung.de/Wirtschaft/Klinik-Reform-Lauterbach-sieht-Revolution-der-stationaeren-Versorgung-aufziehen-434876.html>) Lauterbach weckte mit seinen Worten große Hoffnungen. „Die Medizin wird in den Vordergrund der Therapie gestellt und folgt nicht der Ökonomie (<https://www.aerztezeitung.de/Wirtschaft/Oekonomie-statt-Kommerz-435089.html>)“, versprach er. Die aktuellen Probleme der Krankenhäuser seien vor allem durch die Fallpauschalen entstanden.

Eine Chance wird vertan

Starke Worte! Nie hatte man in den vergangenen Jahren eine solch fundamentale Kritik am DRG-System gehört, und jetzt wettete sogar der Minister dagegen. Endlich! Das Fallpauschalensystem fördere billige Medizin, Krankenhäuser könnten ihr Budget nur erhöhen, indem sie immer mehr Fälle behandeln, sagte er. Das Problem sei nie grundsätzlich angegangen worden. Man hätte ihm nach diesen Worten vielleicht sogar verzeihen können, dass er selbst vor zwanzig Jahren zu den lautesten Befürworter:innen des DRG-Systems gehört hatte (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/20-Jahre-DRG-Ein-ausser-Kontrolle-geratenes-Experiment-436851.html>). Aber seine „Revolution“ bleibt jetzt auf halbem Weg stecken, denn die Fallpauschalen sollen gar nicht abgeschafft werden. Sie werden nur zurückgedrängt und durch fallzahlunabhängige Vorhaltepauschalen ergänzt (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Die-Glaskuppel-Krankenhausreform-Pakt-oder-Macht-437523.html>). Damit ist die Chance vertan, mit lokal angepassten Pauschalierungen zum Selbstkostendeckungsprinzip zurückzukehren, wodurch die finanziellen Nöte der Krankenhäuser behoben worden wären.

Das Hauptübel wird nicht angegangen

Nachdem er die Petition beim Bündnis Klinikrettung unterschrieben hatte, hätte man Lauterbach außerdem auch verzeihen können, dass er seit Jahren die Schließung von Krankenhäusern propagiert. Hatte er doch bereits 2003 in seinem Buch „DRG in deutschen Krankenhäusern“ über 60 Prozent der damals noch 2.242 Krankenhäuser für überflüssig erklärt, und 2013 in einem Interview gesagt: „Durch eine Reduzierung der Zahl der Kliniken würden wir die Versorgung sicher nicht verschlechtern.“ Heute spricht er davon, dass sinkende Fallzahlen und der Personalmangel dazu führen werden, dass „es viele Insolvenzen geben wird“ (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Lauterbach-Ohne-Reform-droht-unkontrolliertes-Kliniksterben-436711.html>). Es gebe Kliniken, die ein Überangebot darstellten und die zu viele Leistungen erbringen, sagte er jüngst. Kann schon sein, aber wie viele und welche Kliniken das sind und woran man sie erkennt, das sagte er nicht.

Das eigentliche Hauptübel wird bei dieser „Revolution“ aber überhaupt nicht angegangen, es wird noch nicht einmal erwähnt: Das ist der Konzernbesitz, das Primat des Gewinnerzielens und der massive Geldabfluss aus dem Gesundheitswesen an die Börse und in Dividenden. Man hätte Karl Lauterbach sogar verzeihen können, dass er zwölf Jahre lang, von 2001 bis 2013 dem Aufsichtsrat der Rhön-Klinikum AG angehörte, wenn er dieses zweite Grundübel – neben den Fallpauschalen – wenigstens ein einziges Mal beim Namen genannt hätte. Das hat er aber nicht. Weiterhin Klinikschließungen, weiterhin Fallpauschalen und weiterhin Vorrang für Profit nähren die Skepsis über diese „Revolution“. Seine Pläne seien alternativlos, sagt Lauterbach. Seine Pläne seien verfassungswidrig, sagen Juristen. Es wird also noch sehr spannend werden.

Auch aus der Feder von Bernd Hontschik:

Aktuell im Handel ist sein Buch „Heile und herrsche! – Eine gesundheitspolitische Tragödie“, Westend Verlag.